

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 6 (1930-1931)
Heft: 7

Artikel: Nun wähle, Bürger! : Die Ziele der politischen Parteien
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1064829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun wähle, BÜRGER!



Gottfrey †

„Sehr geehrter Herr!

Dürfen wir Sie bitten, uns in einem kurzen Beitrag, der 400 Worte nicht übersteigt, das Ziel Ihrer Partei darzustellen? Es soll sich nicht einfach um einen Auszug aus dem Parteiprogramm handeln; wir denken uns, sie sollten die Sache so darstellen, wie wenn Sie einem jungen, gebildeten, unvoreingenommenen Mitbürger, der sich bis jetzt nicht viel mit politischen Dingen befasst hat, freundschaftlich orientieren wollten.“

Diesen Brief haben wir an die Präsidenten der vier wichtigsten Parteien unseres Landes gesandt. Hier sind die Antworten:

Freisinnig-demokratische Politik

Im letzten Jahrhundert hat der schweizerische Liberalismus sich die Aufgabe gestellt, die reine Demokratie zu schaffen. Er hat diese Aufgabe gelöst. An die Stelle alter Privilegien setzte er die Gleichheit vor dem Gesetze und das Recht eines jeden Bürgers, das Schicksal des Landes mitzubestimmen. Pressefreiheit und Handels- und Gewerbefreiheit wuchsen auf dem nämlichen Boden. Auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die neutrale Volksschule hat liberale Politik erstritten. Die freisinnige Partei wird an diesen Grundlagen, auf welchen unser Land erstarkte und sich die Achtung des Auslandes erwarb, für alle Zukunft mit Entschlossenheit festhalten.

Neue Zeiten bringen den politischen Parteien neue Pflichten, wenn die Parteien wirklich das betreiben wollen, was einzig den Namen «Politik» verdient: Die Sorge um das Wohl der Gesamtheit.

Die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz ist sich bewusst, dass auf die Schaffung der politischen Rechte eine Periode der Verbesserung der Lebensbedingungen folgen muss, und dass der Weg von der politischen zu der wirtschaftlichen Freiheit geht. Reich sind an Zahl und gross an Bedeutung die Aufgaben, die sich für diese Entwicklung stellen. Da ihre Erörterung an diesem Orte nicht möglich ist, so sei mir nur gestattet, in



Nationalrat H. Schüpbach, Fraktionspräsident der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz

drei Losungsworten die Marschroute anzudeuten, welche der freisinnigen Politik der Gegenwart und der Zukunft vorgezeichnet ist:

Gegen den Klassenkampf: Kampf zerstört, Zusammenarbeit baut auf. Statt bestehende Gegensätze künstlich zu verschärfen und die Klassen gegeneinander aufzuhetzen, suchen wir an den Stellen, wo die Interessen verschiedener Gruppen sich treffen, Verbindungen zu schaffen unter Festigung der Erkenntnis, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsame Interessen zu verteidigen haben, und dass keiner der beiden Teile ohne eigene Schädigung sich an diesem Gut veründigt.

Gegen die Verwirtschafterung der Politik: Kriegs- und Nachkriegszeit haben die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund gerückt. Eine politische Partei, die diesen Fragen nicht die grösste Aufmerksamkeit schenkt und für deren Lösung ihren ganzen Einfluss zur Verfügung stellt, vernachlässigt ihre Pflicht. Allein: Soll die Gleichberechtigung aller Gruppen garantiert bleiben, so muss die Politik die Wirtschaft meistern, nicht umgekehrt. Vor dem Teile kommt das Ganze, und nur der auf das Gesamtwohl gerichtete Blick soll entscheiden dürfen,

wo und wie die Allgemeinheit die private Wirtschaft stützen kann.

Für eine weitherzige Sozialpolitik: Die freisinnig-demokratische Partei will, getreu ihrer Tradition, neben der Versöhnung politischer Gegensätze auch in dem Sinne ausgleichen, dass sie den unbemittelten, in harter Arbeit um ihr Leben ringenden Volksklassen nicht nur bittere Not fernhält, sondern auch das Leben lebenswerter gestaltet. Der Ordnung der Arbeit in den Fabriken, der Regelung der Arbeitszeit, der Kranken- und Unfallversicherung wird zunächst die Alters- und Hinterbliebenenversicherung nachfolgen müssen; ihr gilt die ganze Kraft unserer Partei.

Das sind, in wenigen Worten erläutert, die Mittel, mit denen die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz an ihrem Orte mithelfen will, unser Land aus einer politisch und wirtschaftlich schweren Zeit einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

Schüpbach

Das Programm der sozialdemokratischen Partei der Schweiz

in 400 Worten wiederzugeben (wie es der « Schweizer-Spiegel » wünscht), ist unmöglich. Da das Programm in knappester Form das Wesentliche über die sozialdemokratische Auffassung sagt, kann

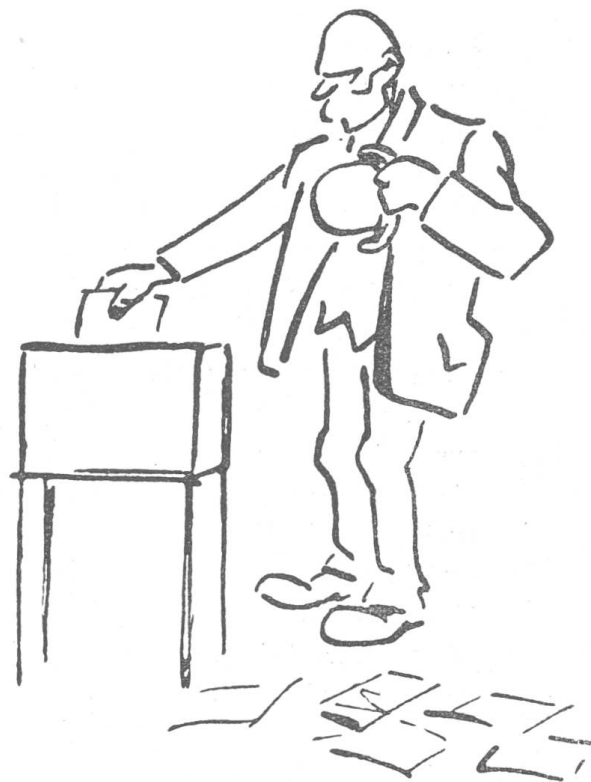
es sich nur darum handeln, mit einigen Worten in seinen Geist einzuführen.

Das Programm zeigt, wie im letzten Jahrhundert unser Land tiefgreifende Wandlungen durchgemacht hat und aus

einem bäuerlich-kleinbürgerlichen Staate zu einem Industrieland geworden ist. Mit dem Fortschreiten dieser Entwicklung wurde die industrielle Arbeiterschaft (industrielles Proletariat) immer zahlreicher. Weil die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw.) Eigentum der Kapitalisten sind, welche die Gebrauchsgegenstände der menschlichen Gesellschaft nur mit Rücksicht auf den profitbringenden Verkauf erzeugen, so herrscht in der heutigen Wirtschaft Planlosigkeit. Die Existenz des Arbeiters ist unsicher, seine wirtschaftliche Abhängigkeit gross; die durch die Planlosigkeit hervorgerufene Arbeitslosigkeit schädigt ihn fortwährend. Der Versuch, durch Kartelle und Trusts eine gewisse Produktionsregelung herbeizuführen, führt zu Privatmonopolen mit ungeheurer Machtfülle; bringt Preissteigerungen, wirtschaftliche Abhängigkeit, und fördert unter Umständen die Arbeitslosigkeit. Die sozialdemokratische Partei kämpft deshalb für die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft; sie will an Stelle der Planlosigkeit die Planwirtschaft setzen, welche die Herstellung der Güter auf den Bedarf der Menschen gründet.

Der Kapitalismus strebt nach fortwährender Ausdehnung seiner Macht und führt so zu verhängnisvollen Gegensätzen zwischen einzelnen Staaten. Dadurch steigert er die Kriegsgefahr. Der bürgerliche Staat wird von den wirtschaftlich Mächtigen beherrscht. Deshalb müssen sich die Arbeitenden zu einer grossen politischen Organisation zusammenschliessen. Sie müssen aber auch Organisationen auf wirtschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete bilden, um

die unhaltbaren Zustände der heutigen Zeit zu überwinden und eine Aenderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erfolgreich durchzuführen. Die sozialdemokratische Partei kämpft aber nicht nur um dieses Endziel, sondern auch um die Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung in der Gegenwart (Arbeitsprogramm 1924). Die wirtschaftlich Mächtigen aber führen als Klasse einen Kampf gegen diesen Fortschritt. Die arbeitenden Klassen des Volkes kämpfen um die Eroberung der politischen Macht. Sie wollen eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen, in der die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage ersetzt wird. Sie erstreben die Beseitigung jeder Art von Ausbeutung des Menschen durch einen andern Menschen, die Beseitigung der Vorherrschaft des einen Ge-



schlechtes über das andere, die Befreiung des Volkes von Elend und Sorge, die Verunmöglichung des Krieges und die Sicherung der Volkswohlfahrt an. Das letzte Ziel dieses Klassenkampfes ist die Beseitigung jeder Klassenherrschaft und die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, in der die Menschen von Armut,

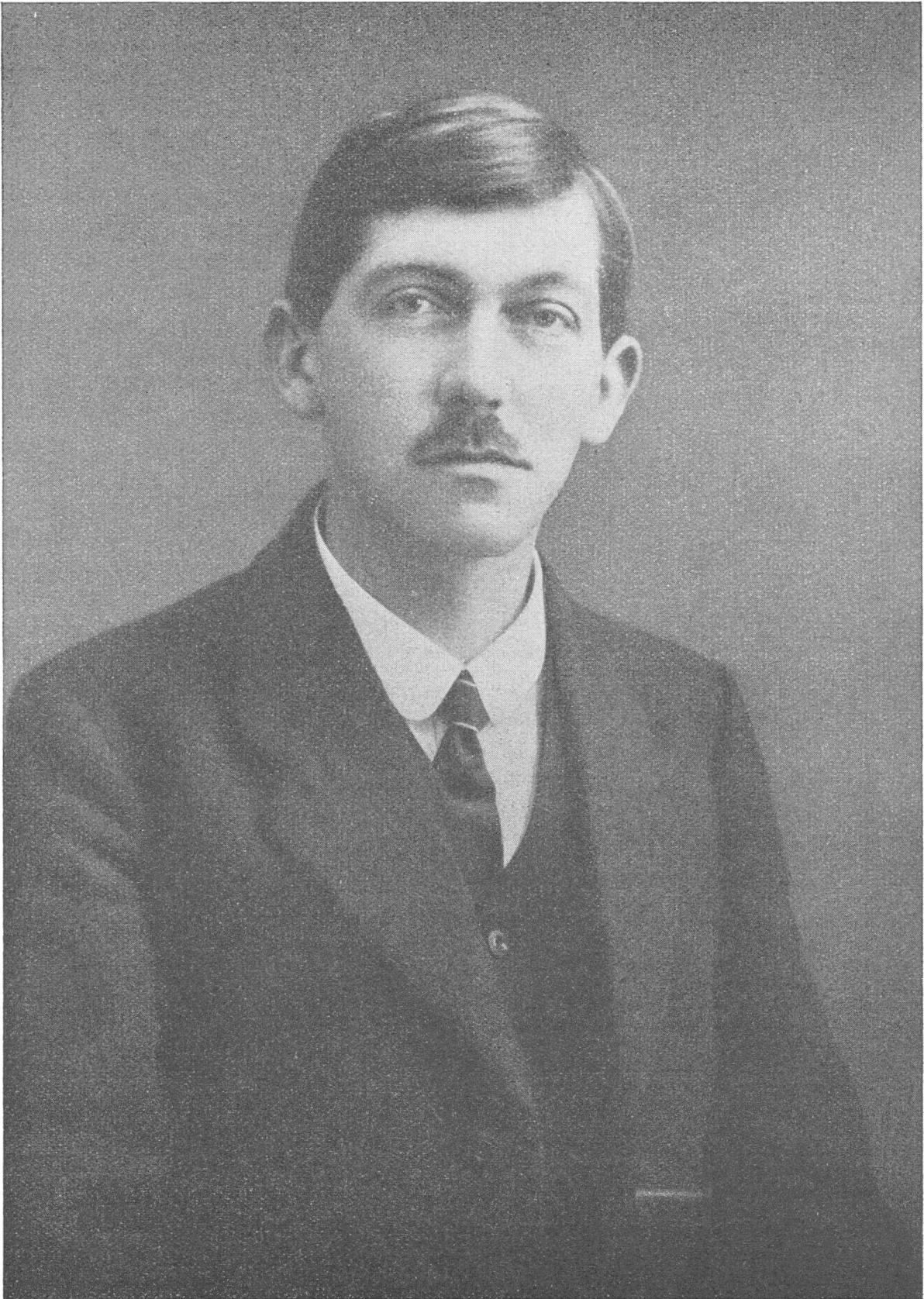
Arbeitslosigkeit und Krieg befreit, erst die Möglichkeit haben, sich als Persönlichkeiten frei und harmonisch zu entwickeln und die gesamte Menschheit zu höhern Kulturstufen emporzuführen.

Dr. Arthur Schüpf

Schweizerische konservative Volkspartei

Die schweizerische konservative Volkspartei und ihre parlamentarische Vertretung führen verschiedene Namen. Die letztere nennt sich katholisch-konservative Gruppe der Bundesversammlung. Aus dieser Differenzierung im Namen darf keine Verschiedenheit in den Grundsätzen und Zielen abgeleitet werden. Die parlamentarische Gruppe wählte ihre Bezeichnung, weil eine frühere parlamentarische Gruppe sich protestantisch-konservative Gruppe nannte. Heute gehören auch protestantische konservative Mitglieder der katholisch-konservativen Gruppe an. Die Zugehörigkeit zu letzterer ist also konfessionell nicht begrenzt. Die konservative Volkspartei steht allerdings mit ihrer parlamentarischen Vertretung auf dem Standpunkt, dass der Kirche, ihren Organen und ihren Institutionen, nicht bloss volle Freiheit und tunlichste Förderung einzuräumen sei, sondern es soll die Kirche, als die berufene Hüterin des Sittengesetzes, auch einen bestimmten Einfluss auf das soziale und wirtschaftliche Leben ausüben können. Die Kirche schärft die Gewissen zur Achtung vor den Rechten anderer und zur treuen Erfüllung der

persönlichen, beruflichen und politischen Pflichten. In diesem Sinne strebt die konservative Volkspartei eine Gesellschaftsordnung an, die eine sittliche Volksgemeinschaft auf Grund der Gerechtigkeit und Liebe schafft und die allgemeine Volkswohlfahrt sichert. Sie will am Neuaufbau der Gesellschaftsordnung auf christlicher Grundlage entscheidend mitwirken. Für die Erreichung dieser programmatischen Ziele haben folgende Richtlinien zu gelten. Vor allem aus soll der Erhaltung und dem Schutz der Familie, dieser Grundzelle der Gesellschaft, weitestgehende Aufmerksamkeit geschenkt und allen ihr drohenden Gefahren mit starker Hand gewehrt werden. In berufsständiger Hinsicht will die konservative Volkspartei sich dafür einsetzen, dass die Gefahr des Klassenkampfes aus dem Berufsleben ausgeschaltet und jener Egoismus beseitigt werde, der im wirtschaftlichen Materialismus seine verderbliche Macht zeigt. Die verschiedenen Teile und Elemente der Berufe sollen zum Gedeihen der Wirtschaft organisiert und dadurch eine gerechte Verteilung der Früchte gemeinsamer Arbeit ermöglicht werden. Im Schoosse eines jeden Berufes sollen mit den gemein-



Nationalrat Dr. Arthur Schmid, Fraktionspräsident der sozialdemokratischen Partei der Schweiz



samen Kräften aller Berufstätigen Interessenstellen geschaffen werden, die zum Wohle des einzelnen, zum Wohle der Familie und zum Wohle des Landes die Arbeit eines jeden einzelnen sicherstellen. Das Regime des wirtschaftlichen Liberalismus, des Staatssozialismus und des drohenden Kollektivismus ist zu ersetzen durch die Verwirklichung der berufsständischen Gliederung der Gesellschaft in Recht, Politik und Wirtschaft, wie sie das Naturrecht und die christliche Überlieferung vorgezeichnet haben. Der ma-

terielle Reichtum des Landes soll gefördert, eine möglichst grosse Zahl unabhängiger, selbständiger Existenzen soll gesichert und zur Verstärkung der Privatwirtschaft keinen unnötigen Monopolen und keiner unnötigen Zentralisation Vorschub geleistet werden.

Eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet die konservative Volkspartei in der Festigung der Staatsautorität behufs Erfüllung der doppelten Aufgabe: Sicherung des Landes gegenüber Gefahren von aussen und gegenüber revolutionärer Bedrohung von innen. Zu diesem Zwecke soll unserem bürgerlichen und militärischen Dasein die gesunde natürliche Überlieferung erhalten bleiben. Ein verständiger, rechter Föderalismus, die Stärkung eines unabhängigen wirtschaftlichen und sozialen Lebens unter der führenden, kontrollierenden und unterstützenden Tätigkeit des Bundes werden die beste Gewähr für eine Neubelebung der staatlichen Autorität und ihrer natürlichen Entfaltung bieten.

J. H. Hülshorn

Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei

In unserem demokratischen Staat bilden die politischen Parteien wichtige Triebfedern im öffentlichen Leben. Infolge der immer weitergehenden Berufsgliederung und der komplizierter gewor-

denen Struktur unseres Volkskörpers musste die öffentliche Tätigkeit vielseitiger und intensiver werden. Weil das pulsierende Leben stets im Flusse ist, lassen sich in der öffentlichen Tätigkeit



Nationalrat Dr H. Walther, Präsident der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung

im Wandel der Zeiten mannigfaltige Änderungen feststellen. Sicher werden Ziele und Wege für die staatliche Tätigkeit auch in Zukunft stets umstritten sein. War es in den dem Weltkrieg vorangehenden Jahrzehnten Aufgabe der damaligen politischen Parteien, unsern Staat durch Schaffung von zahlreichen Volksrechten zu einer wahren Demokratie auszubauen, so zeigten sich in der Kriegs- und nochmehr in der Nachkriegszeit sowohl im Leben des einzelnen Menschen als auch in demjenigen ganzer Gruppen neue schwere Sorgen, die Sorgen um die Existenz. Der verschärfte Existenzkampf ist an sich keine Überraschung. Er bildet die logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, die bereits hinter uns liegt. Wohl ist heute unser Staat in formeller Hinsicht ausgebaut. Aber nach der politischen Gleichheit muss auch die wirtschaftliche Gerechtigkeit erkämpft werden. Der Demokratie neuen Inhalt zu geben, ist Aufgabe der Zukunft, ein Ziel, das sich unsere Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.

Alle diese Faktoren führten gegen das Ende der grossen Kriegszeit zu politischen Umwälzungen, und in sehr vielen Staaten sind neue politische Gebilde entstanden, und überall wurden sie in der Überzeugung gegründet, dass die neuen Formationen besser in der Lage sind, die gegenwärtigen und kommenden Schwierigkeiten zu überwinden als die alten, für einfachere Verhältnisse organisierten Parteien. Da in unserem Lande infolge der rasch steigenden Industrialisierung neben den alten historischen Parteien die Sozialdemokratie, die auf den Klassenkampf eingestellt ist, fortwährend steigende Bedeutung erlangte, wurde die Gefahr im-

mer grösser, dass Behörden und öffentliche Meinung unter dem Drucke dieser Erscheinung stets grössere Konzessionen machten, ohne sich dabei an die Bedürfnisse des Bauern- und Handwerkerstandes, ja des bodenständigen Bürgertums überhaupt zu erinnern. Nur nebenbei erwähnen wir, dass letztere Kreise vor den politischen Umwälzungen in den Behörden nur schwach vertreten waren.

Bei den Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien handelt es sich ohne Ausnahme um selbständige politische Vereinigungen vaterländisch gesinnter Volksgenossen, bereit, mit ihrer ganzen Kraft alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes und die geistige Selbständigkeit unseres Volkes zu wahren und zu stärken, die sittlichen Grundlagen, auf denen unser Staatswesen fusst, unversehrt zu erhalten und auf dem Boden der bestehenden, das private Eigentum und den freien Wettbewerb schützenden Rechtsordnung, einen gerechten sozialen Ausgleich innerhalb der verschiedenen Volksschichten durchzuführen, unter entschlossener Zurückweisung aller kommunistischer Theorien und aller nicht durch gebieterische Staatsnotwendigkeit bedingten Monopole.

Diesen Richtlinien folgend, tritt die Partei ein für die Erhaltung eines schlagfertigen Volksheeres, unter unerbittlicher Bekämpfung aller in seinem Organismus zutage tretenden unschweizerischen Erscheinungen; für einen soliden, nach den Grundsätzen republikanischer Einfachheit geführten Staatshaushalt; für bessere Sicherung des Landes gegen die drohende Überfremdung, vornehmlich durch wirk-



Nationalrat H. Stähli, Fraktionspräsident der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei

samen Schutz und zielbewusste Förderung der inländischen Arbeit und Produktion.

Im besondern wird unsere Partei die wirtschaftlichen, politischen und ideellen Interessen des gesamten arbeitenden Bürgerstandes nach innen und aussen wahrnehmen und zu diesem Zweck auf verbesserte Schul- und Berufsbildung unseres Volkes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Zukunft, speziell auch auf eine zeitgemässe Besserung der Existenzbedingungen des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals hinarbeiten und sich die straffere Organisation und politische Aufklärung des Volkes auf kommunalem, kantonalem und eidgenössischem Boden zur Aufgabe machen.

Im Sinne des Kampfes um wirtschaftliche Gerechtigkeit hat sich die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei stets zur Pflicht gemacht, die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes zu wahren. Das hat ihr schon so oft den Vorwurf der einseitigen Interessenpolitik eingetragen. Und doch lehrt die Geschichte, dass die Menschheit für Ideale erst Sinn hat, wenn ein Minimum wirtschaftlicher Existenz gesichert ist. Dabei bildet die Erhaltung und Stärkung des bodenständigen Bürgertums, wie es in Landwirtschaft und Handwerk so typisch vertreten ist, nicht Selbstzweck. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass diese Kreise die solidesten Träger des bürgerlichen Staatsgedankens bilden und durch ihre Verwurzelung im heimatlichen Boden am meisten Sinn für die Erhaltung und den Ausbau unseres Schweizerhauses auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung haben.

Unser Volk geniesst unter den verschiedenen Völkern des Kontinentes eine

grosse Achtung. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Wertschätzung neben der Tüchtigkeit auch der Eigenart, die uns als Nation auszeichnet, verdanken. Jedermann wird gerne anerkennen, dass gerade die Gruppen, welche die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei bilden, jene Eigenart als wertvolles Kulturgut am besten zum Ausdruck bringen.

So fassen wir denn unsere Bewegung nicht zuletzt als praktischen Heimatschutz auf, ein Ziel, das uns in unserer aufgewühlten Zeit so wertvoll erscheint, dass man den Kampf in der Öffentlichkeit gerne mit Hingabe und Opferwilligkeit aufnimmt. Einfache Bauern haben vor bald 1000 Jahren mit grossen Opfern den Grundstein zu unserer staatlichen Selbständigkeit gelegt. Jahrhundertlang haben unsere Vorfahren für die Erhaltung von Freiheit und Selbständigkeit Gut und Blut eingesetzt. Hat nicht auch unsere Generation Opfer zu bringen, wenn unsere Heimat den Nachkommen unversehrt erhalten werden soll? Deshalb bildet das Sprichwort: « Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen » einen Mahnruf, der nicht veraltet, und von dem wir wünschen, dass er besonders von unserer Jugend beherzigt werde.

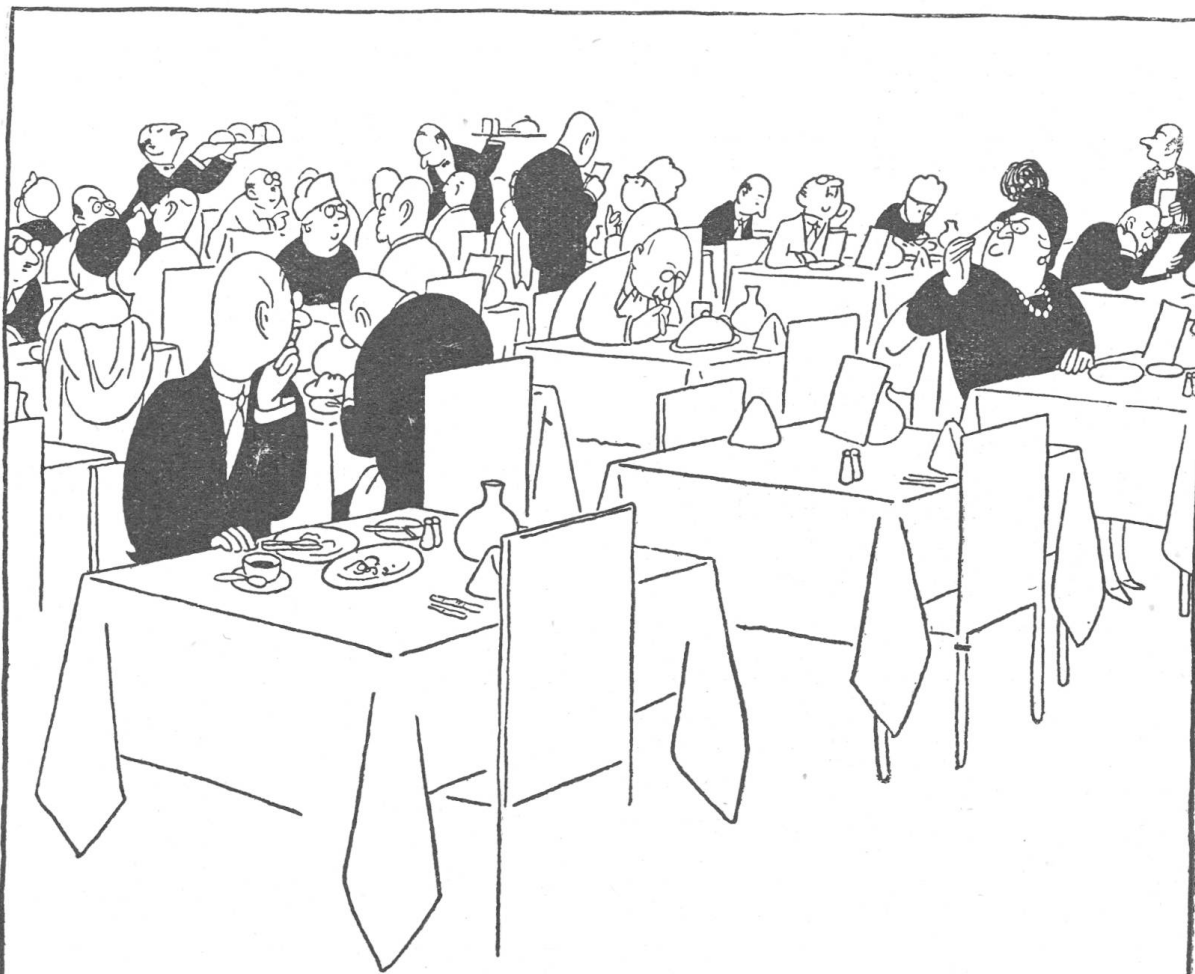
Daneben sind wir uns stets bewusst, dass dem Mittelstand, speziell dem Bauerntum, der Sinn für ideelle Fragen nicht verloren gehen darf. Wie zahlreich sind die Kreise, die sich heute vielmehr als in der Periode des aufstrebenden Materialismus daran besinnen, dass der Bauerntum sein Glück nicht nur im finanziellen Erfolg, sondern vielmehr an der Freiheit, an dem Verbundensein mit der Natur, an der harmonischen Entwick-

lung seiner Familie, und an den innern Werten des Menschen finden muss! In unserer Bauernjugend beobachten wir in jüngster Zeit sogar ein förmliches Sehnen, das darin gipfelt, in vermehrtem Masse alle innern seelischen Kräfte zur Entfaltung zu bringen, um später als ganze Menschen in das praktische Leben hinauszutreten. Wenn der Bauernstand

durch seinen Bevölkerungsüberschuss als Jungbrunnen des Volkes gilt, so muss jene Entwicklung letzten Endes für das gesamte Schweizervolk wertvoll sein.

A. Stehler

Die Minute, die eine Ewigkeit dauert



Wenn Sie mehrere Male vergeblich versucht haben, dem Kellner ein Zeichen zu geben, damit er noch etwas mehr Butter bringe, und die aggressiv aussehende Dame am andern Tisch die Geste missverstanden hat und glaubt, Sie hätten ihr zugewunken.